

Golfkriegs im und über den arabischen Raum hinaus zu behaupten oder gar auszubauen, zumal auch *neue Ost-West-Konflikte* wieder aufbrechen können. Die Vorgänge im Baltikum zeigen, wie rasch die schönsten KSZE-Deklarationen Makulatur werden können, wenn ein Imperium um seine Selbst- und Machterhaltung kämpft. Und schließlich bleibt als besonders bedrängende Aufgabe nicht nur die Unterbindung *militärischer Technologietransfers in Krisengebiete*, sondern nicht minder die *Einbindung auch von Dritte-Welt-Ländern in den Abrüstungsprozeß*. Mit der gemeinsamen Aufrüstung des Irak durch Ost und West während des ersten Golfkrieges, und sei es, weil man damit hoffte, den Teufel durch Belzebul auszutreiben bzw. den Iran der Ajatollahs durch das geringere Übel Saddam schwächen zu können, hat man sich die schlechteste „raison“ für den Krieg jetzt eingehandelt. Vielleicht wird wenigstens daraus eine Lehre. se

## Reformdämmerung

### Die Sowjetunion am Scheideweg

„Ist denn nach dem Blutsonntag viel von dem geblieben, was wir in den letzten Jahren so oft vom Präsidenten gehört haben: ‚Humaner Sozialismus‘, ‚Neues Denken‘, ‚Gesamteuropäisches Haus‘? Fast nichts ist geblieben.“ Diese Einschätzung der Lage in ihrem Land gaben dreißig prominente Sowjetbürger, darunter der Moskauer Bürgermeister *Popow*, der Wirtschaftsreformer *Schatalin* und der Regisseur *Abuladse*, in einer Erklärung, die sie am 16. Januar als Reaktion auf den brutalen Militäreinsatz in der litauischen Hauptstadt Wilna in der Nacht vom 12. auf den 13. Januar veröffentlichten. Tatsächlich war das Blutvergießen in Wilna (und danach auch in Riga) nach dem spektakulären Rücktritt von Außenminister *Eduard Schewardnadse* kurz vor Weihnachten ein weiteres unübersehbares Fanal für eine Entwicklung, die sich in der So-

wjetunion schon seit Monaten deutlich abzeichnet. Zunehmend versucht der bei den Reformen der vergangenen Jahre weitgehend intakt gebliebene Apparat von Armee, Geheimdienst und Bürokratie den Gang der Ereignisse in seinem Sinn zu bestimmen und die alten Machtstrukturen gegen Bemühungen um eine radikale Wirtschaftsreform, eine durchgreifende Demokratisierung des politischen Systems und die Herauslösung einzelner Republiken aus der Sowjetunion aufrechtzuerhalten bzw. wieder zur Geltung zu bringen.

Präsident *Michail Gorbatschow* ist inzwischen weitgehend auf diese Linie eingeschwenkt, ohne daß völlig klar wäre, was er aus Überzeugung, was er aus Taktik und was er aus Zwang tut. Er hat über Monate hinweg eine immer massivere Drohkulisse gegenüber den nach Unabhängigkeit strebenden baltischen Republiken aufgebaut und die Bewahrung der Einheit der Sowjetunion zur „heiligen Pflicht“ erklärt. Er hat sich Plänen zu einer grundlegenden marktwirtschaftlichen Reform in der Sowjetunion widersetzt und möchte eine Führungsrolle der Kommunistischen Partei grundsätzlich, wenn auch mit Modifikationen, aufrechterhalten sehen. Gorbatschow hat zwar die früheren Satellitenstaaten in die Demokratie entlassen, die Unterstützung für „sozialistische“ Regime in der Dritten Welt weitgehend aufgegeben und die Sowjetunion zu einer neuen, konstruktiven Rolle in der europäischen und internationalen Staatengemeinschaft geführt. Aber er will derzeit, aus welchen Gründen auch immer, den radikalen Bruch mit dem bisherigen sowjetischen System zumindest aufschieben.

Es spricht viel dafür, daß unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Misere und des zunehmenden Zerfalls der Sowjetunion die Kräfte der „Gegenreformation“ weiter an Boden gewinnen und ihre zweifellos vorhandenen Machtmittel häufiger, massiver und rücksichtsloser einzusetzen versuchen. Die Versatzstücke der bisherigen, immerhin siebzig Jahre lang propagierten Ideologie sind in vielen Köpfen noch lebendig; die Schicht de-

rer, die bei konsequenten Reformen Macht, Einfluß und Privilegien verlieren würden, ist beträchtlich groß. Aber auch viele Sowjetbürger, die nicht zur „Nomenklatura“ gehören, würden vermutlich die Rückkehr zu mehr Autoritarismus, verbunden mit einer einigermaßen geregelten Grundversorgung, dem gegenwärtigen, teils unvermeidlichen, teils provozierten Chaos vorziehen.

Allerdings dürfte sich das Rad auch in der Sowjetunion nicht mehr einfach, jedenfalls nicht auf Dauer, zurückdrehen lassen. Das hat sich jetzt gerade bei vielen Reaktionen auf die Ereignisse im Baltikum gezeigt. Die Öffnung seit dem Amtsantritt Gorbatschows als Generalsekretär der KPdSU hat – teilweise bewußt herbeigeführt, teilweise auch unfreiwillig – Veränderungen im geistigen, kulturellen und politischen Leben der Sowjetunion bewirkt, die sich zwar unter entsprechendem Druck wieder zurückdrängen und kanalisieren, aber kaum mehr völlig ausschalten lassen. Es gibt inzwischen nicht nur in vielen nichtrussischen Republiken, sondern auch in Rußland eine demokratische Bewegung. Sie ist zwar in sich – schon wegen ihrer Verbindung mit den verschiedenen nationalen Emanzipationsbestrebungen – zersplittert und kann sich landesweit nur schwer effektiv artikulieren. Aber sie sorgt bislang mit ihren Zwischenrufen, Anfragen und Protesten dafür, daß das Reformpotential zumindest als Unruhe lebendig bleibt.

Es sieht zwar nicht danach aus, als könnten sich die auf Demokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft setzenden Reformer unionsweit in absehbarer Zeit durchsetzen. Da aber auch das Unterfangen, die Zentralmacht durch eine neue Diktatur zu retten, an Grenzen stoßen dürfte, ist der weitere Zerfall der Sowjetunion in ein politisches und wirtschaftliches Chaos oder sogar in bürgerkriegsähnliche Zustände ein durchaus realistisches Szenario. Aber selbst im günstigsten – wenn derzeit auch unwahrscheinlichen – Fall (Lösung der Nationalitätenprobleme teils durch volle Selbständigkeit einiger Republiken und Ausscheiden aus der So-

wjetunion, teils durch eine Neustrukturierung des verbleibenden Staatsgebiets; Auflösung bzw. demokratische Kontrolle der alten Machtapparate; Verstärkung der geistig-kulturellen Öffnung, Ausbau der Öffentlichkeit) stünde der Sowjetunion bzw. den aus ihrer Erbmasse entstehenden Staaten oder Konföderationen ein höchst unsicherer und entbehrungsreicher Weg bevor, den westliche Hilfe zwar in vieler Hinsicht erleichtern, aber nicht ersparen könnte. Wenn schon in den überschaubaren postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas der Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft strukturell und mentalitätsmäßig weit schwieriger ist als in der ersten Phase der Wende vielfach angenommen wurde, um wieviel mühsamer würde sich ein radikaler Wandel in der riesigen Sowjetunion gestalten. ru

## Versuchungen

### *Die Anfälligkeit von Politikern für das große Geld*

Als *Lothar Späth* wegen „privater“ Verwicklungen mit honorigen Unternehmern und gestrauchelten Wirtschaftsmanagern von seinem Amt als Ministerpräsident von Baden-Württemberg zurücktrat, stimmten Freund und Gegner des Gestürzten in zwei Punkten so gut wie vollständig überein: Späth sei ein herausragender und lange Zeit auch erfolgreicher, auf jeden Fall verdienstvoller Landesregierungschef gewesen. Dennoch habe er sein Amt aufgeben müssen, weil er den *Maßstab* dafür verloren habe, was für einen für die Politik eines Landes Verantwortlichen im Umgang mit Vertretern von Wirtschaftsunternehmen geht oder nicht geht. Niemand hat ihm Bestechlichkeit oder Käuflichkeit vorgeworfen, auch dort nicht, wo von einzelnen Medien oder einzelnen Journalisten alles Mögliche gemutmaßt wurde. Letztlich sei Späth allein an seinem Unvermögen gescheitert, in seinem Verhältnis zur Wirtschaft poli-

tische Aufgaben und private Interessen auseinanderzuhalten. Allein die Tatsache, daß er angebotenen Gefälligkeiten nicht zu widerstehen wußte, vielmehr am gegenseitigen Geben und Nehmen zwischen Wirtschaft und Politik – selbstverständlich zum größeren Wohl des Landes – nichts Anstößiges fand, habe ihn in seinem Amt unmöglich gemacht.

Entsprechend könnte man sagen, das meiste an Späths Fall ergebe sich aus dessen umtriebiger Persönlichkeit und dem *persönlichen Politikverständnis*, nach dem Politik- und Wirtschaftsmanagement offenbar mehr oder weniger nach denselben Erfolgsregeln abzurollen haben. Dennoch ist an ihm auch so manches Typische, was weit über den Einzelfall hinausreicht. Da ist ein Politiker, der allmählich den Boden unter den Füßen verliert, der bald zwischen öffentlichen Aufgaben und privaten Zusammenhängen nicht mehr zu unterscheiden weiß, der sich ins Schlepptau von Unternehmern und Managern im Industrienmilieu begibt, der erst dort so recht sein Gleich auf Gleich erlebt und der sich schließlich, als es sich zu verteidigen oder zu rechtfertigen gilt, im Tone des Nichtverstehens der politischen Gemeinwesenarbeit eine *Blöße* gibt, wie sie größer nicht sein könnte: Die Wirtschaft und die führenden Leute dort verfügten über ganz andere Möglichkeiten als sie einem Politiker auch seines Zuschnitts zur Verfügung stünden, und dieser Möglichkeiten könne, ja müsse sich der Politiker, wo sie ihm angeboten würden, als Teil der Wahrnehmung seiner Aufgaben auch bedienen.

Unbedarfter und zugleich penetranter läßt sich Abhängigkeit der Politik von der Wirtschaft, lassen sich *Unterlegenheitsgefühle politischer Funktionsträger gegenüber Wirtschaftsführern* kaum dokumentieren. Der gemeine Mann muß sich angesichts solcher „Offenbarungen“, noch ehe er sich über den angeblich amtsnotwendigen oder funktionsangemessenen Lebensstilzuschnitt von Politikern und Wirtschaftlern ärgert, in allen seinen Vorurteilen darüber, wer im Gemeinwesen wirklich das Sagen hat, die Parlamente und Regierun-

gen oder die Wirtschaft und die Verwaltungen, in jeder Hinsicht bestätigt fühlen. Wie sich das auf die Beurteilung von Regierung und Gesetzgebung durch die Bevölkerung und auf die Einschätzung von Politik insgesamt auswirkt, kann sich jedermann ausmalen.

Aber noch sehr viel typischer, wenn in dieser Beziehung auch ganz und gar nicht herausragend, ist der Fall Späth noch in einem allgemeineren Sinne. Gemeint ist die doch recht *erstaunliche Verführbarkeit von Politikern durch Geld*. Diese wird immer wieder in den unterschiedlichsten Varianten sichtbar und bezieht sich keineswegs nur auf das gerne Sich-aushalten-Lassen durch vermögende „Freunde“ aus der Wirtschaft. Der Segeltörn Späths im Mittelmeer und dessen von Wirtschaftsmanagern bezahlte Luxusreise nach Fernost sind nicht gerade isolierte Erscheinungen. Unwillkürlich kommen einem ganz anders gelagerte Vorgänge aus der Vergangenheit in den Sinn, an denen einst zwei Bundestagspräsidenten gescheitert sind: *Eugen Gerstenmeiers* Versorgungsansprüche und *Rainer Barzels* Beraterverträge. Aber auch viele Fälle von weniger Bekannten ließen sich aufzählen. Daß solche unter Christdemokraten auffallend häufiger auftraten als bei anderen Parteien, mag Zufall sein oder auch an einem einseitig wahrnehmenden Gedächtnis liegen. Auffallend ist es trotzdem. Sollten Christdemokraten, gelegentlich zu Unrecht als „Wirtschaftspartei“ beschimpft, für den Mammon besonders anfällig sein oder mehr als andere den Eindruck haben, sie seien für ihren politischen Job unterbezahlt und hätten folglich ein Recht, zum großformatigeren Lebensstil von Wirtschaftsmanagern und Konzernherren aufzuschließen?

Es brauchen diesbezüglich aber keine besonderen *Betrachtungen über das „C“* angestellt, und es braucht auch nicht darüber fantasiert zu werden, welche Leute in welchen Parteien nun mehr oder weniger anfällig sind. Verheerend ist allein schon die Tatsache, daß es immer wieder Politiker gibt, die das politische Risiko, das sie dabei eingehen, nicht abhält, sich zu Lasten ihres